

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Asbestgefahr in Wohngebäuden aktuell bewerten und transparent machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, die noch bestehende Kontamination mit Asbest in Berliner Wohngebäuden aktuell zu ermitteln und zu bewerten.

Dabei sollen folgende Schritte unternommen werden:

- Ermittlung der aktuellen Belastungen von Wohngebäuden mit Asbest im Bestand der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und darüber hinaus auch im privaten Bestand.
- Eine Information an Mieterinnen und Mietern über das Vorhandensein asbesthaltiger Baustoffe in ihren Wohnungen und Hinweise zu bestehenden Gesundheitsgefahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung von Bauarbeiten.
- Soweit notwendig Kennzeichnung der belasteten Gebäude bzw. Wohnungen, um auch Nachmieter zu informieren. Prüfung, ob die bestehenden gesetzlichen Regelungen eingehalten werden und ausreichend sind.
- Vorlage eines aktuellen Berichtes zum Stand der Asbestbelastung und -beseitigung in Wohngebäuden in Berlin, der im Vergleich zum Bericht vom Oktober 2000 (Drs. 14/731) die durchgeführten Maßnahmen im Bestand der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufführt und darüber hinaus auch den privaten Bestand behandelt. Der Bericht soll die Perspektive der weiteren Beseitigung von Asbest im Wohnungsbestand aufzeigen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.10.2012 zu berichten.

Begründung

Nach einer intensiven Diskussion in den 90er Jahren ist das Thema Asbest in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr stark präsent. Leider gibt es aber immer noch viele Wohngebäude, in denen asbesthaltige Bauelemente zu finden sind.

Aufgrund der Fluktuation der Mieterschaft sind Informationen über das Vorhandensein und die Vorsichtsmaßnahmen im Umgang mit asbesthaltigen Bauelementen oft verloren gegangen. Deshalb ist es sinnvoll zu prüfen, ob die bestehenden Regelungen eingehalten werden und ausreichend sind. Das betrifft z. B. die Frage der Kennzeichnung und die grundsätzliche Information der Bewohnerschaft.

Mit einem erneuten Asbestbericht, speziell für den Wohnungsbereich, soll Klarheit über die noch vorhandenen Belastungen und den Sanierungsfortschritt der letzten zehn Jahre im Asbestbereich hergestellt werden. Dabei geht es um die Bestände aller Vermieter in Berlin, deren Gebäude aufgrund von Baualter und Konstruktion unter Asbestverdacht fallen.

Aktuelle Presse- und Zeugenberichte zum Umgang mit der Belastung durch Asbest im Wohnbereich im Zuge von Baumaßnahmen geben Anlass für eine dringende Befassung mit dem Thema und diese Aufforderung an den Senat.

Berlin, den 24. April 2012

Pop Otto Schmidberger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen